

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.355.133

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)1985/J-NR/2025

Wien, am 4. Juli 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat MMR Mag. Dr. Axel Kassegger und weitere haben am 06.05.2025 unter der **Nr. 1985/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Ideologisch motivierte Vorgangsweise und mangelnde Energieversorgungssicherheit während Corona** gerichtet.

Diese Anfrage, die sich zur Gänze auf vor meiner Amtszeit gelegene Sachverhalte bezieht, beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1

- Warum wurde während der Pandemie weiterhin unbeirrt an der ideologischen, durch überzogenen Klimaschutz geprägten Energiepolitik festgehalten, obwohl andere Prioritäten wie Leistbarkeit, Versorgungssicherheit und Stabilität die Priorität für weite Teile der Bevölkerung waren?*

Wie bereits einleitend erwähnt, möchte ich festhalten, dass sich die Sachverhalte auf die Amtszeit meiner Vorgängerin beziehen. Nichtsdestotrotz gelten nun unsere Ziele der Versorgungssicherheit, Preisstabilität und Ökologie.

Zu Frage 2

- *Welche energiepolitischen Maßnahmen während der Pandemie waren Teil einer bewussten "Energiewende-Strategie"?*
 - *Hatten diese zu irgendeinem Zeitpunkt einen negativen Einfluss auf die Leistbarkeit, Versorgungssicherheit und Stabilität?*
 - *Wenn ja, wie wurde es begründet, diese Maßnahmen trotz der bestehenden Krisensituation zu setzen?*

In die Zeit der Pandemie fielen politische Verhandlungen und der Beschluss des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (EAG), an dem bereits vor der Pandemie intensiv gearbeitet worden war, und das in keinem direkten Zusammenhang mit der Pandemie steht.

Die Versorgungssicherheit war während der Pandemie und darüber hinaus zu jedem Zeitpunkt gewährleistet.

Zur Frage 3

- *Wurde evaluiert oder diskutiert, ob das Festhalten an einseitigen Förderungen für sogenannte "grüne" Technologien einer wirtschaftlichen Erholung im Weg stand?*
 - *Wenn ja, was waren die Ergebnisse dieser Evaluierung oder Diskussion?*
 - *Wenn ja, wie fanden diese Ergebnisse Beachtung innerhalb der Energiepolitik?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*

Insbesondere im Zuge der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie wurde in Zuständigkeit meiner Amtsvorgängerin analysiert, inwiefern die Schwerpunktsetzung auf "grüne" Technologien etwa im Rahmen von Wiederaufbauprogrammen oder Förderinstrumenten wirtschaftliche Erholungsprozesse beeinflusst haben könnte.

Zur Frage 4

- *Wie wurde sichergestellt, dass energiepolitische Entscheidungen während der Corona-Zeit auf Grundlage fachlicher Expertise und nicht in erster Linie auf Grundlage parteipolitischer Ideologien getroffen wurden?*

Das seinerzeit zuständige Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) hat bei energiepolitischen Entscheidungen grundsätzlich Wert auf die Einbindung fachlicher Expertise gelegt und dabei auf etablierte Verfahren und Institutionen zurückgegriffen, um wissenschaftlich fundierte Entscheidungsgrundlagen zu gewährleisten.

Zur Frage 5

- *Wurden während der Pandemie Investitionen in heimische Energieprojekte verschoben oder beendet?*
 - *Wenn ja, welche waren dies und warum geschah das?*
 - *Wenn ja, sind durch Verschiebung oder Beendigung Kosten entstanden und wie hoch waren diese?*

Unbeschadet dessen, dass diese Frage keinen Gegenstand der Vollziehung des Bundesministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus betrifft, liegen dem Ressort dazu auch keine Informationen vor.

Zur Frage 6

- *Gab es konkrete Projekte oder Förderansuchen, welche aufgrund einer mangelnden "grünen" Ausrichtung während der Pandemie abgelehnt wurden, obwohl dadurch die Versorgungssicherheit oder das Wirtschaftswachstum verbessert werden könnte?*
 - *Wenn ja, welche Projekte oder Förderansuchen waren das und weshalb wurden sie abgelehnt?*

Entscheidungen im Förderwesen werden grundsätzlich entlang formaler Kriterien und unionsrechtlicher Vorgaben getroffen. Es ist nicht bekannt, dass im Verantwortungsbereich des seinerzeit zuständigen BMK eine ausdrückliche "Ablehnung" eines konkreten Projekts allein aufgrund fehlender "grüner" Ausrichtung erfolgt wäre.

Zur Frage 7

- *Wurden die Ergebnisse von internen Beratungen mit Energieversorgern, Interessenvertretungen oder Wissenschaftlern zum Energiethema während der Corona-Zeit dokumentiert?*
 - *Wenn ja, wo sind diese einsehbar oder bitte um Übermittlung*
 - *Wenn nein, warum nicht?*

Im seinerzeit zuständigen BMK haben laufend Beratungen mit Energieversorgern, Interessenvertretungen und wissenschaftlichen Einrichtungen stattgefunden. Ein Teil der Informationen – insbesondere im Rahmen von Begutachtungsverfahren, parlamentarischen Anfragen oder öffentlichen Studien – ist über die Webseiten der zuständigen Ressorts oder über die Webseite des Parlaments abrufbar.

Zur Frage 8

- *Welche Konsequenzen wurden aus der unzureichenden Reaktion der Regierung auf stark steigende Energiepreise während der Pandemie gezogen?*
 - *Wurden dafür Verantwortlichkeiten benannt?*
 - *Wenn ja, wie sehen diese im Detail aus?*
 - *Wenn nein, warum wurde dieser wichtige Schritt unterlassen?*

Zwischen dem Beginn der COVID-19-Pandemie und dem Ausbruch des Ukraine-Russland-Konflikts fielen die Energiepreise in Österreich zunächst stark aufgrund der globalen Nachfrageschwäche, stiegen jedoch ab Mitte 2021 rasant an infolge der wirtschaftlichen Erholung, knapper Gasreserven und steigender Beschaffungskosten – sodass bereits vor Kriegsbeginn historisch hohe Preisniveaus erreicht wurden.

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer

Elektronisch gefertigt

